

## A. d) Berichte

### 01) „Das Land sagte Ihnen über mich Danke ...“ BdV-Ehrenplakette an Bundespräsident a. D. Joachim Gauck

Auf einem Festakt und mit anschließendem Empfang am Rande der Bundesversammlung des Bundes der Vertriebenen am 29. November 2019 in der Vertretung des Landes Mecklenburg-Vorpommern beim Bund hat der BdV dem ehemaligen Bundespräsidenten, Dr. h.c. Joachim Gauck, seine höchste Auszeichnung – die Ehrenplakette verliehen. Einstimmig habe das Präsidium diese Entscheidung getroffen, erklärte BdV-Präsident Dr. Bernd Fabritius in der Veranstaltungseinladung, denn „ganz unabhängig von Amt und Würden“ habe Gauck sich schon früh für die Anliegen der deutschen Heimatvertriebenen und Flüchtlinge, Aussiedler und Spätaussiedler eingesetzt. In seiner Laudatio auf den Preisträger führte Fabritius diese Begründung weiter aus.

Der BdV-Präsident erinnerte an das Ende der 1990er und die frühen 2000er Jahre, als der „Weg zu einer konkreten Vertriebenen-Gedenkstätte noch nicht gefunden“, deren Aufbau aber schon öffentlich debattiert wurde. Gegenwind für solche Pläne habe es insbesondere aus Tschechien oder aus Polen gegeben. Allenfalls auf dem Balkan hätte man des Schicksals deutscher wie europäischer Vertriebenen gedenken sollen, nicht jedoch in Deutschland, so die Kommentare aus dem Ausland.

#### Dank für Bekenntnis zum Schicksal der Vertriebenen

In diese Zeit fiel Joachim Gaucks erste deutliche Parteinahme für ein „Zentrum gegen Vertreibungen“ in Berlin sowie für die Anliegen der Vertriebenen und Spätaussiedler. Dabei habe Gauck schon



Dr. Bernd Fabritius (re.) überreicht die Ehrenplakette des Bundes der Vertriebenen an Dr. h.c. Joachim Gauck (l.).

damals als Zielgruppe eines solchen Ortes des „Lernens und Gedenkens“ über die Vertriebenen hinaus die gesamte Bevölkerung im Sinn gehabt. Die Erinnerung an das kollektive Leid zu erhalten und die Gesellschaft mit sich selbst zu versöhnen: Schon in den damaligen Äußerungen Gaucks scheint beides immer wieder auf. Ausdrücklich würdigte Fabritius den Geehrten dafür, an diesen Grundsätzen gegen Anfeindungen aus den Nachbarländern oder Provokationen der Medien stets argumentativ souverän festgehalten zu haben.

Auch in seinem Amt als Bundespräsident, so der Laudator weiter, habe Joachim Gauck sich von diesen Überzeugungen leiten lassen. Deutlich sei dies etwa in seiner Rede zum ersten bundesweiten Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung am 20. Juni 2015 im Schlüterhof des Deutschen Historischen Museums ins Berlin geworden, so Bernd Fabritius und zitierte Gauck mit den Worten: „Umso unver-

ständlicher warum ich dann, warum wir Einheimischen später so bereitwillig verdrängten, dass andere, die Vertriebenen, so unendlich mehr bezahlt hatten für den gewaltsamen, grausamen Krieg als wir. Warum wir, die wir unsere Heimat behalten hatten, aufzurechnen begannen und eigene Bombardierungen und Tote anführten, um uns gegen die Trauer der anderen, der zu uns Kommenden, zu immunisieren. Mit politischen Thesen blockierten wir die uns mögliche Empathie.“ Eine „Gänsehautformulierung“ sei dies, betonte Fabritius und erklärte weiter: „Es gehört viel dazu, ein solches Bekenntnis für das Schicksal der Vertriebenen abzulegen. Es gehört noch mehr dazu, damit auch zur Gesellschaft durchzudringen. Vielleicht kann das tatsächlich nur ein Bundespräsident tun. Sie haben es getan.“

Mit seiner Rede als Bundespräsident beim zentralen Auftakt zum Tag der Heimat des BdV 2016 in Berlin sprach Joachim Gauck erneut in dieser Tonlage zu

den versammelten Vertriebenen und Spätaussiedlern. In einen „Erinnerungsschatten“ seien das Schicksal von Flucht und Vertreibung und die Heimat im Osten durch die notwendige Aufarbeitung des Zweiten Weltkrieges geraten, zitierte Fabritius die Analyse des Bundespräsidenten. Er habe damals außerordentlich begrüßt, „dass die Politik nun hilft, das Schicksal dieser Menschen aus dem Erinnerungsschatten zu holen. Und ich danke allen, nicht zuletzt dem Bund der Vertriebenen, die sich dafür eingesetzt haben.“ Zu danken hätten die Vertriebenen und ihre Verbände, schloss der BdV-Präsident, „für dieses fortwährende Bekenntnis zu unserem Schicksal und unseren Anliegen“. Daher werde Gauck die höchste Ehrung des Verbandes zuteil.

### Joachim Gauck: „Sie sind auf dem richtigen Weg“

Joachim Gauck zeigte sich nach Fabritius' Worten berührt und erklärte, er nehme „diese Auszeichnung dankbar und gerne an“. Es freute ihn sichtlich, dass er in Wort und Tat – sowohl als „engagierter Mitbürger“ als auch als Bundespräsident – Spuren hinterlassen hat, die vielen im Gedächtnis geblieben sind. In einer kurzen Ansprache ordnete er im Folgenden seinen Einsatz für die Vertriebenen nochmals ein.

So habe er durchaus bewusst die Entscheidung getroffen, als Bundespräsident gleich zweimal zu den Vertriebenen und ihren Anliegen zu sprechen: beim nationalen Gedenktag 2015 und beim Tag der Heimat 2016. Damit und auch mit der vorher gelobten Formulierung des „Erinnerungsschattens“ habe er Zeichen dafür setzen wollen, dass „politische Kultur auch (...) Defizite aufweisen kann“ und dass diese zu beseitigen sind. Wenn in der unmittelbaren Nachkriegszeit der Opferdiskurs die notwendige Aufarbeitung der Kriegsverbrechen erschwert habe, so sei doch die Einstellung der Folgegeneration, den Opfern „das Maul stopfen“ zu wollen, ebenso ein Irrweg gewesen. Der Erinnerungsschatten habe sich etwa darin gezeigt, dass selbst die berechtigten Anliegen der Vertriebenen nicht mehr in der breiten Debatte vorkamen. Durch diese „Nicht-Beachtung, Nicht-Würdigung, Nicht-Wahrnehmung“ seien auf beiden Seiten „viele Haltungen versteinert“ gewesen, ver-



Das Präsidium des Bundes der Vertriebenen während der Laudatio des Präsidenten auf Bundespräsident a.D. Joachim Gauck.

deutlichte Gauck. Den Weg aus dieser Situation hätten die deutschen Heimatvertriebenen und ihre Verbände selbst gefunden: indem sie aus ihrer Erinnerungstradition (...) herausgetreten sind und selber auch die Versöhnungsarbeit begleitet haben“ und indem „einzelne Mitglieder aus den Vertriebenenmilieus ganz früh Brücken gebaut haben“. Eine angemessene Würdigung dieser „unendlichen kostbaren Bewegungen“ bleibe die übrige Gesellschaft jedoch bis heute schuldig, mahnte Gauck. Die damaligen Worte des Bundespräsidenten sollten also als Anerkennung und Dank für das Wirken des BdV und seiner Mitglieder verstanden werden. „Das Land sagte Ihnen über mich Danke und würdigte Sie über mich als Präsidenten. (...) Ich erinnere Sie daran, dass mit mir diese Nation Ihnen gesagt hat: Sie sind auf dem richtigen Weg.“

In einem Lehrstück angewandter Empathie erläuterte der Altbundespräsident danach das mit den Vertreibungen am Ende und nach dem Zweiten Weltkrieg verbundene Sonderopfer. So solle man sich als Nicht-Betroffener nur einmal vorstellen, auch die Alliierten wären von Diktatoren regiert worden und hätten im Westen Teile Deutschlands abgetrennt – das Saarland, die Gebiete bis zum Rhein oder Bremen. Es sei eben keine „Logik der Geschichte“, dass die einen die Heimat verloren hätten, während die anderen von diesem Schicksal verschont blieben.

Zum Schluss betonte Joachim Gauck, wie wichtig es sei, das Wissen um die Geschichte der Deutschen im Osten und um das Schicksal von Flucht und Vertreibung zu erhalten. „Irgendwann wird es

Teil eines guten kollektiven Gedächtnisses sein, dass die Menschen mit den Namen Breslau, Stettin und Königsberg wichtige Stationen der deutschen Kultur und der deutschen Geschichte verbinden. Aber von selbst passiert das nicht. Insofern nehme ich diese Auszeichnung dankbar an und auch als Auftrag, das Thema nicht aus meinem Kopf und meinem Engagement herausfallen zu lassen.“

### Grußwort Staatssekretärin Dr. Antje Draheim

In einem kurzen Grußwort dankte auch die Hausherrin der mecklenburg-vorpommerschen Landesvertretung, Staatssekretärin für Bundesangelegenheiten Dr. Antje Draheim, dem Bund der Vertriebenen für dessen Einsatz für Verständigung und gegen das Vergessen. Ihren „Rostocker Landsmann“ Joachim Gauck würdigte sie für seine vielfältigen Verdienste, etwa als Bürgerrechtler, in der Aufarbeitung der SED-Diktatur oder als Bundespräsident.

### Bundesversammlung erneut mit wichtigen Entschlüssen

In der anschließenden Bundesversammlung des Bundes der Vertriebenen besprachen die Delegierten der Mitgliedsverbände eine Vielzahl aktueller Themen der deutschen Heimatvertriebenen und Flüchtlinge, Aussiedler und Spätaussiedler. Hierzu verabschiedeten sie vier Entschlüsse.

Erneut forderte der Bund der Vertrie-

benen die Bundesregierung darin erstens auf, Generationengerechtigkeit für die Aussiedler und Spätaussiedler herzustellen und wies auf die personenkreisspezifischen Benachteiligungen der Betroffenen im Rentenrecht hin. Die von der Koalition auf den Weg gebrachte Grundrente könne diese nicht ausgleichen. Es sei keine Lösung, „erst die Anwartschaften auf das Armutsniveau zu kürzen, um sie dann durch einen sozialen Rentenaufschlag wieder aufzustocken“.

Zweitens ging es den Delegierten im Bereich des gesetzlichen Auftrages der Kulturförderung nach § 96 des Bundesvertriebenen- und Flüchtlingsgesetzes darum, den von der Bundesregierung verfolgten „partizipativen Ansatz“ weiter zu stärken. Es gelte, „die Kulturträger und ihre Organisationen – Landsmannschaften, BdV-Landesverbände und insbesondere die Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen – in ihrer Arbeit zu unterstützen und diese auf sichere und zukunftsfähige finanzielle Fundamente zu stellen“.

In einer dritten Entschließung griff die Bundesversammlung ein auch von Joachim Gauck angesprochenes Thema auf. So seien die Verantwortlichen in Ländern und Bund gefordert, „das Wissen und die Wissensvermittlung um die Siedlungs- und Schicksalsgeschichte der Deutschen im östlichen Europa sowie zu Flucht und Vertreibung der Deutschen aus den historischen deutschen Ost- und Siedlungsgebieten und die aus diesem Gesamtkomplex erwachsenen politischen und gesellschaftlichen Zusammenhänge deutlich zu stärken“.

Zuletzt griff die Bundesversammlung mit einer Sonderbriefmarke anlässlich des 75. Jahrestages des Beginns von Flucht und Vertreibung ein Herzensanliegen des BdV auf, das der Verband und viele Mitglieder bereits seit etwa zwei Jahren auf dem dafür vorgesehen Weg über den zuständigen Programmbeirat und das Bundesfinanzministerium vorangetrieben hatten – bislang leider ohne positives Ergebnis. Dabei lobte sie einen Beschluss des Parteitages der CDU Deutschlands in Leipzig, mit dem sich die dortigen Delegierten ebenfalls hinter dieses Anliegen gestellt hatten. Die gewünschte Sonderbriefmarke könne zum 20. Juni 2020 – dem nationalen Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung – herausgegeben werden.

*Marc-P. Halatsch*



**BdV-Präsident Dr. Bernd Fabritius begrüßt Bundespräsident a.D. Joachim Gauck am Wagen.**



**Eindrucksvolle Worte von Bundespräsident a.D. Joachim Gauck.**



**Ein stilvolles Ambiente für den anschließenden Empfang bot die Landesvertretung Mecklenburg-Vorpommerns.**

## 02) Soziales, Kultur, Bildung, Erinnerungskultur im Fokus. Bundesversammlung mit wichtigen Entschliefungen zur Verbandspolitik

Die Bundesversammlung des Bundes der Vertriebenen, das höchste Beschlussgremium des Verbandes, hat sich auf ihrer jährlichen Zusammenkunft erneut mit einer Vielzahl an aktuellen Themen der deutschen Heimatvertriebenen und Flüchtlinge, Aussiedler und Spätaussiedler beschäftigt. Dabei wurden folgende vier Entschliefungen gefasst.

### **Wissensvermittlung zu Flucht und Vertreibung verbessern**

Die Bundesversammlung fordert die Regierungen der Länder und die Bundesregierung auf, das Wissen und die Wissensvermittlung um die Siedlungs- und Schicksalsgeschichte der Deutschen im östlichen Europa sowie zu Flucht und Vertreibung der Deutschen aus den historischen deutschen Ost- und Siedlungsgebieten und die aus diesem Gesamtkomplex erwachsenen politischen und gesellschaftlichen Zusammenhänge deutlich zu stärken.

Diese Themen sind ein prägender Teil unserer Geschichte und unserer Erinnerungslandschaft und gehören in das Gedächtnis des gesamten deutschen Volkes. Deshalb muss ihnen in den Schulen und Universitäten mehr Raum und größerer Stellenwert gegeben werden.

Der Wissensvermittlung über Flucht und Vertreibung der Deutschen aus den historischen deutschen Ost- und Siedlungsgebieten und ihrer Aufnahme und Integration nach 1945 muss dabei schon in der Schule ein größeres zeitliches Kontingent eingeräumt werden. Das Thema sollte verpflichtend in die Lehrpläne aufgenommen werden, die Lehrerausbildung entsprechend angepasst und das Forschungsinteresse an Universitäten durch gezielte Anreize gestelgert



Die Mitglieder der Bundesversammlung sprachen sich für mehr Generationengerechtigkeit, eine stärkere Unterstützung der Kulturarbeit, mehr Bildungsarbeit und eine stärkere Berücksichtigung der Vertriebenen in der Erinnerungskultur aus.

werden. Möglichkeiten der außerschulischen Bildung, wie z.B. über Ausstellungen in den ostdeutschen Landesmuseen oder die Wanderausstellungen der Stiftung ZENTRUM GEGEN VERTREIBUNGEN müssen dauerhaft unterstützt werden.

### **Nachteile im Rentenrecht beseitigen – Generationengerechtigkeit herstellen**

Die Bundesversammlung des Bundes der Vertriebenen fordert die Bundesregierung auf, im Sinne ihrer staatlichen Verantwortung endlich für die von Altersarmut betroffenen und bedrohten Aussiedler und Spätaussiedler tätig zu werden und benachteiligende gesetzliche Regelungen aus früheren Jahren zurückzunehmen.

Im 30. Jahr nach dem Fall des Eisernen Vorhanges in Europa darf man das Schicksal von über vier Millionen Mitbürgern nicht vergessen, die jahrzehntelang nicht die Möglichkeit hatten, in die Heimat ihrer Vorfahren, nach Deutsch-

land, zurückzukehren. Für viele davon reichte die Zeit hier nicht, um ausreichende Vorsorge für das Alter zu treffen. Sie haben auf die Zusicherungen der Bundesregierung vertraut und wurden Mitte der 1990er Jahre bitter enttäuscht: Zum einen wurden die durch Beitragszahlung vor dem Zuzug erworbenen Anwartschaften pauschal um 40 Prozent gekürzt und zusätzlich eine lebensleistungsunabhängige Deckelung der Entgeltpunkte auf einen Betrag unterhalb der Armutsgrenze beschlossen. Erschwerend wirkt zudem, dass schon seit 1993 Ehegatten und Abkömmlinge nicht mehr zum FRG-berechtigten Personenkreis gehören und damit zum Familienunterhalt im Alter nicht beitragen können.

Die bestehenden Nachteile und die Gefahr der Altersarmut können zu erheblichem sozialem Unfrieden führen und haben schon jetzt zu Unwillen und Misstrauen gegenüber staatlichem und politischem Handeln geführt. Ihre Beseitigung ist eine Notwendigkeit für die Generationengerechtigkeit unseres Rentenrechtes. Die Bundesregierung muss

sich jetzt dieser Verantwortung stellen.

Wirksame Maßnahmen zur Beseitigung der bestehenden Nachteile im Rentenrecht sind:

- Aufhebung der Deckelung der FRG-Entgeltpunkte,
- Aufhebung der pauschalen 40-Prozent-Kürzung der FRG-Rente,
- Aufhebung der pauschalen Kürzung von Kindererziehungszeiten sowie eine Verlängerung der Erklärungsfrist bzw. eine gesetzliche Zuweisung zum berechtigten Elternteil,
- Abbau bürokratischer Hürden und finanzieller Belastungen beim Rentenbezug aus dem Ausland.

Die von der Regierungskoalition aus CDU/CSU und SPD auf den Weg gebrachte Grundrente kann für den Kreis der Aussiedler und Spätaussiedler die bestehenden Nachteile im Rentenrecht nicht ausgleichen. Die Anerkennung der Lebensleistung bei Aussiedlern und Spätaussiedlern muss sich in der Korrektur der personenkreisbezogenen Benachteiligung bei Anerkennung von Anwartschaften aus den Herkunftsgebieten spiegeln. Erst die Anwartschaften auf das Armutsniveau zu kürzen, um sie dann durch einen sozialen Rentenaufschlag wieder aufzustocken, der die vorgenommenen Kürzungen in der Regel nicht ausgleicht, wird nicht nur bei den Betroffenen Unverständnis hervorrufen. Im Sinne der Betroffenen sollten zunächst die bestehenden Nachteile im Rentenrecht ausgeglichen werden, bevor dann der Anspruch auf Grundrente überprüft wird.

### Kulturarbeit der Vertriebenen weiter stärken

Die Bundesversammlung fordert die Bundesregierung und sämtliche Regierungen der Länder auf, den Stärkungsprozess des partizipativen Ansatzes in der Kulturarbeit nach § 96 des Bundesvertriebenen- und Flüchtlingsgesetzes (BVFG) fortzusetzen. Insbesondere gilt es, die Förderung der deutschen Heimatvertriebenen, Spätaussiedler und ihrer Verbände bzw. der deutschen Volksgruppen in ihren Heimatgebieten zu intensivieren und wichtige Großprojekte voranzubringen.

Wir sehen die hierzu bislang beschlossenen Mittel als wichtige Schritte auf



**Mitglieder des Präsidiums des BdV (v.l.n.r.): Vizepräsident Siegbert Ortmann, Generalsekretär Klaus Schuck, Präsident Dr. Bernd Fabritius sowie die Vizepräsidenten Stephan Grigat, Christian Knauer, Renate Holzengel und Albrecht Schläger.**

dem Weg zur Erfüllung des gesetzlichen Auftrages aus § 96 BVFG. Sie tragen zu einer noch umfassenderen Bewahrung, Erforschung, Vermittlung und vor allem Weiterentwicklung des kulturellen Erbes bzw. der Kulturleistungen der durch den Bund der Vertriebenen vertretenen Menschen bei.

Das kulturelle Erbe der Deutschen in Ostmittel-, Ost- und Südosteuropa und in den heutigen Nachfolgestaaten der Sowjetunion, die Kultur der Vertriebenen, Aussiedler und Spätaussiedler sowie die Kultur der heute noch in den Heimat- und Herkunftsgebieten lebenden Deutschen gehören zur kulturellen Identität Deutschlands, an deren lebendigem Erhalt bzw. ihrer Weiterentwicklung gesamtgesellschaftliches Interesse besteht.

Im Sinne des partizipativen Ansatzes der gesetzlich verankerten Kulturförderung gilt es daher, die Kulturträger und ihre Organisationen – Landsmannschaften, BdV-Landesverbände und insbesondere die Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen – in ihrer Arbeit zu unterstützen und diese auf sichere und zukunftsfähige finanzielle Fundamente zu stellen. Eine direkte Zuordnung der Kulturreferenten zu den jeweiligen Landsmannschaften würde hierzu einen wesentlichen Beitrag leisten.

Darüber hinaus mahnen wir angesichts des 75. Jahrestages des Endes des Zweiten Weltkrieges und des Beginns von Flucht und Vertreibung sowie des 70. Jubiläumsjahres der Charta der deutschen Heimatvertriebenen im Jahr 2020 zur Eile bei der Eröffnung des Dokumentationszentrums und der Fertigstellung

der Dauerausstellung der Bundesstiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“. Auf der Zielgeraden dürfen ideologisch überfrachtete Debatten über die Vergangenheit nicht auf dem Rücken der Betroffenen erneut ausgefochten werden. Es gilt, die gesetzlich festgelegte Schwerpunktsetzung der Ausstellung umzusetzen und die Ausstellung so schnell wie möglich und unter Einbeziehung der noch lebenden Zeitzeugen zu eröffnen.

### Sonderbriefmarke zu 75 Jahre Flucht und Vertreibung veröffentlichen

Die Bundesversammlung fordert die Bundesregierung, aber insbesondere die Mitglieder des Programmbeirates beim Bundesministerium der Finanzen sowie die Deutsche Post AG auf, im Jahr 2020 anlässlich des 75. Jahrestages des Beginns von Flucht und Vertreibung am Ende des Zweiten Weltkrieges eine Sonderbriefmarke zu diesem Thema zu veröffentlichen.

Zugleich begrüßen wir, dass der Parteitag der CDU Deutschlands in Leipzig sich dieses Anliegens ebenfalls angenommen und einen ähnlich lautenden Beschluss gefasst hat.

Eine solche Sonderbriefmarke könnte zum 20. Juni 2020 – dem nationalen Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung – herausgegeben werden und würde damit ein gleichermaßen ein deutliches Zeichen der Anteilnahme am Schicksal der Vertriebenen wie zur Ächtung von Vertreibungen weltweit ausstrahlen.

### 03) Wunderbare und beklemmende Eindrücke.

#### Fabritius und Grigat besuchten deutsche Vereine in Südostpreußen

Im Anschluss an den 12. Deutsch-Polnischen Kommunalpolitischen Kongress der Landsmannschaft Ostpreußen bereiste der Beauftragte der Bundesregierung für Ausiedlerfragen und nationale Minderheiten, Prof. Dr. Bernd Fabritius, gemeinsam mit dem Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen, Stephan Grigat, das südliche Ostpreußen.

Diesen Aufenthalt nutzte Fabritius, der auch BdV-Präsident ist, dazu, Kontakte zu Entscheidungsträgern der polnischen Politik und der Deutschen Minderheit in der Wojewodschaft Ermland und Masuren zu knüpfen und einen Eindruck von dieser über Jahrhunderte deutschen Kulturlandschaft zu gewinnen.

Im Mittelpunkt standen ein intensives Gespräch mit dem Marschall der Wojewodschaft, Gustaw Marek Brzezina, ein ausführlicher Gedankenaustausch mit dem Minderheitenausschuss des Landtages (Sejmik) und das Zusammentreffen mit vier größeren Deutschen Vereinen in Ostpreußen. Der Vorsitzende des Minderheitenausschusses, der frühere Vize-Marschall Jaroslav Sloma, betonte, dass es einen solchen Ausschuss nur in dieser Wojewodschaft gibt.

Fabritius nutzte die Gelegenheit, um die Situation der Deutschen Minderheit in Ermland und Masuren sowie deren Bewertung durch die Betroffenen und die polnischen Behörden kennenzulernen. Einigkeit bestand darin, dass dieser Teil Ostpreußens eine einzigartige Region ist, in der das Schicksal vieler Völker und ethnischer Gruppen verflochten und eine einzigartige kulturelle Verbindung gewachsen ist, die der gemeinsamen Pflege bedarf.

Besonderer Augenmerk galt Schloss Steinort, dem ehemaligen Sitz der Fami-



Stephan Grigat (l.) mit Bernd Fabritius (M.) und Heinrich Hoch (r.) vor Schloss Steinort.

lie Lehndorff. Das Gebäude wird seit 2017 von der Deutsch-Polnischen Stiftung Kulturpflege und Denkmalschutz betreut. Der Deutsche Bundestag hat im vergangenen Jahr 500.000 Euro für die bauliche Sicherung des Hauptgebäudes bereitgestellt. Mit diesen Mitteln wurden die Ableitungen von Regen- und Grundwasser wieder in Funktion gesetzt sowie die hölzernen Balken und Dielen der Geschossdecken gesichert. Fabritius sagte zu, sich auch weiterhin für den dauerhaften Erhalt des Schlosses einzusetzen; dazu müsse ein belastbares Nutzungs- und Finanzierungskonzept entwickelt werden.

#### **Besuch beim Dachverband**

Dr. Bernd Fabritius besuchte den Dachverband der Deutschen Gesellschaften in Ermland und Masuren und die Deutschen Vereine in Allenstein, Osterode, Heilsberg und Lyck. Gemeinsam mit seiner Delegation wur-

de er überall herzlich empfangen, beim Deutschen Verein in Lyck sogar mit selbstgemachten Königsberger Klopsen und deutschem Gesang mit Akkordeonbegleitung.

Die deutschen Vereine haben seit ihrer Gründung eine gute Zusammenarbeit mit den Kommunen aufgebaut und gepflegt und sich in die Entwicklung ihrer Gemeinden eingebracht. Sie waren die Initiatoren vieler Städtepartnerschaften zwischen ostpreußischen Städten, Gemeinden und Kreisen mit Partnerkommunen in Deutschland.

Die Vorsitzenden der Vereine und des Dachverbandes informierten den Beauftragten über das Mitglieder- und Veranstaltungsprofil ihrer Vereine. Sie berichteten auch über die Anliegen der deutschen Vereine im südlichen Ostpreußen und über die Probleme im Bildungswesen. Zu beklagen seien Kürzungen des Deutschunterrichts im polnischen Schulwesen und der Förderung des Deutschunterrichtes bei den deutschen Vereinen. Zur Sprache kamen auch Probleme



bei der allgemeinen Finanzierung der Deutschen Minderheit. Auch hier sagte der Beauftragte Unterstützung zu.

Während der Besichtigung Allensteins fehlte auch ein Besuch des Verbindungsbüros der Landsmannschaft Ostpreußen, das von Edyta Gładkowska geleitet wird, nicht.

Zum Programm gehörte zudem die Erkundung des Kulturerbes der Region, namentlich des Schlosses der Familie Dönhoff in Quittainen und des Oberländischen Kanals, der von 1844 bis 1860 unter der Leitung des königlich-preussischen Baurats Georg Steenke aus Königsberg erbaut wurde.

Auf dem Weg nach Schloss Steinort hatte Fabritius eine kurze Pause in der Wolfsschanze eingelegt und die Ruinen der Bunker sowie der Lagebaracke besichtigt. Eine Gedenktafel erinnert dort seit 2004 an das Attentat vom 20. Juli 1944. Oberst Graf Schenk v. Stauffenberg hatte versucht, Adolf Hitler in der Baracke mittels einer Bombe zu töten.

### **Denkmal für ostpreußische Opfer**

In Goldap besuchte Fabritius das Haus der Heimat und das in dieser Form in Ostpreußen einmalige Regionalmuseum in Trägerschaft der Kreisgemeinschaft Goldap Ostpreußen, außerdem das Mahnmal für die Deutsche Bevölkerung auf dem deutschen Alten Friedhof.

Den Abschluss der Reise des Beauftragten durch das südliche Ostpreußen bildete eine Kranzniederlegung am Denkmal für die Opfer der ostpreußischen Zivilbevölkerung. Hierbei handelte es sich überwiegend um Frauen, Kinder und alte Männer, die bei dem Versuch, den Nachstellungen und Angriffen der Roten Armee durch die Flucht zu Fuß oder mit Pferd und Wagen über das Eis des zugefrorenen Haffs zu entgehen, infolge russischen Beschusses den Tod fanden. Die Inschrift auf dem Gedenkstein lautet: „450000 ostpreußische Flüchtlinge flohen über Haff und die Nehrung, gejagt vom unerbittlichen Krieg. Viele ertranken, andere starben in Schnee und Eis. Ihr Opfer mahnt zu Verständigung und Frieden.“

Fabritius bedankte sich bei Grigat für die Mitorganisation und Begleitung auf einer wunderbaren und gleichzeitig nachdenklich stimmenden Reise.



#### 04) „Staatlich verordneter Heimatverzicht“. Vertriebene in der DDR

**Flucht und Vertreibung waren in der DDR als Themen politisch nicht erwünscht. Das Schicksal der deutschen Heimatvertriebenen und Flüchtlinge wurde über Jahrzehnte schon durch die aufkotroierte Bezeichnung „Umsiedler“ verharmlost. Es wurde tabuisiert und die existierenden Traumaerfahrungen verdrängt. Die Betroffenen hatten sich in die sozialistischen Gesellschaft zu assimilieren.**

**A**ufarbeitungsstand und neue Forschungsimpulse zu diesem wichtigen Komplex waren Gegenstand einer wissenschaftlichen Fachtagung der Deutschen Gesellschaft in Kooperation mit dem Bund der Vertriebenen, die unter dem Titel „Vertriebene in der DDR – zum Umgang mit einem Tabu“ am 14. November 2019 im Zeitgeschichtlichen Forum in Leipzig stattfand.

In der Bewertung der DDR-Politik waren sich die anwesenden Politiker, Wissenschaftler und Kulturschaffenden einig: Die Aufarbeitung der millionenfachen Vertreibungsschicksale wurde in der DDR seitens des Systems unterdrückt.

#### **Gedenken nur im Privaten**

Interessenverbände der Betroffenen durften nicht gegründet werden. Das Gedenken an das Erlittene konnte allenfalls im Privaten stattfinden – und auch dort oft nur unter Schwierigkeiten. Der Beauftragte der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, BdV-Präsident Dr. Bernd Fabritius, etwa bezeichnete dieses Vorgehen im Rahmen der Tagung als „staatlich verordneten Heimatverzicht“. BdV-Vizepräsidentin Renate Holznagel, die im größten DDR-Aufnahmegebiet – dem heutigen Mecklenburg-Vorpommern –

aufwuchs, erklärte, die Repressionen seien immens gewesen.

Dr. Heike Amos, eine führende Wissenschaftlerin auf dem Gebiet der Aufarbeitung des DDR-Unrechts machte auf ungehobene zeithistorische Schätze in diesem Bereich aufmerksam, betonte aber, dass diese ohne ausreichende



**BdV-Präsident Dr. Bernd Fabritius und der Vorsitzende der Stiftung ZENTRUM GEGEN VERTREIBUNGEN, Dr. Christean Wagner.**

Finanzierung und ein gesteuertes Forschungsinteresse auch zukünftig brach liegen würden.

Der Vorsitzende des Dachverbandes der Deutschen in Polen, Bernard Gaida, wiederum würdigte die Verständigungs- und Aufbauarbeit der Vertriebenen in den Heimatgebieten nach dem Fall des Eisernen Vorhanges, insbesondere derjenigen aus der damaligen DDR. Durch die ähnlich geartete Unterdrückungserfahrung im kommunistischen Unrecht habe eine besondere Empathie mit den Heimatverbliebenen bestanden.

Die Stiftung ZENTRUM GEGEN VERTREIBUNGEN war vor Ort durch ihren Vorsitzenden Dr. Christean Wagner vertreten. Dieser nahm vielfältige Anregungen für mögliche weitere Ausstellungen des ZgV mit.



## 05) Widerstand gegen den NS im Nordosten. Internationale zeithistorische Fachtagung der Kulturstiftung

**Im Rahmen der von der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen ausgerichtet, auf drei Veranstaltungen projektierten Reihe zeitgeschichtlicher Fachtagungen zum Widerstand gegen den Nationalsozialismus in den historischen deutschen Ostprovinzen und Siedlungsgebieten wurde in diesem Jahr der Widerstand in Ostpreußen, Westpreußen und Pommern untersucht, nachdem im Vorjahr Schlesien und das Sudetenland behandelt worden sind und im nächsten Jahr die Opposition gegen Hitler im Südosten Europas folgen soll.**

Der Tagungsraum im Göttinger Hotel Astoria war gut gefüllt, als der Ehrenvorsitzende des Stiftungsrates Hans-Günther Parplies Referenten und Gäste begrüßte. Er richtete die Grüße von Christine Czaja-Grüninger aus, der stellvertretenden Vorsitzenden. Sie war es, die Idee und Anstoß zu dieser Tagungsreihe gegeben und den ersten Teil der Trilogie persönlich zusammen mit Prof. Karl-Joseph Hummel konzipiert und geleitet hatte, während sie diesmal wegen der Krankheit ihres Ehemannes nicht anwesend sein konnte, aber vielfältige Anregungen gegeben hatte. In den bewährten Händen von Geschäftsführer Dr. Ernst Gierlich lag wieder die organisatorische Durchführung.

Parplies blickte zurück auf eine noch in den 1950er Jahren missbilligende Haltung eines Drittels der bundesdeutschen Bevölkerung gegenüber der Verschwörung des 20. Juli 1944, eine erst in den 1960er Jahren beginnende Veränderung durch Zeitzeugentagungen, eine dann folgende Öffnung der Widerstandsbetrachtung und Erweiterung der Perspektiven in der Zeitgeschichtsforschung. Neben die Erörterung des politisch-militärischen Widerstands trat nun die Dis-

kussion um einen nach Stufen differenzierten Oppositionsbegriff. Nach der Vereinigung der beiden deutschen Staaten mussten in lebhaften Diskussionen zwei unterschiedliche Geschichtsrezptionen zusammengeführt werden, was zur Begriffsklärung beigetragen habe, etwa zur ethisch-moralischen Einordnung des Hochverratsbegriffs in der Diktatur.

Zugleich mit der Übernahme der Tagungsleitung stellte Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Gilbert H. Gornig von der Universität Marburg die komplizierte Frage nach der Verantwortbarkeit des Tyrannenmords, die schon in der Antike bei Sokrates, Platon und Aristoteles gestellt und positiv beantwortet wurde, so auch bei Cicero und anderen Philosophen. Mit einem klaren Nein jedoch beantworteten diese Frage die Religionen, etwa das Christentum und der Islam.

### **Ostpreußen**

Nicht selten kommt ein späterer Attentäter aus dem früheren Kreis der Bewunderer Hitlers. Diesen Abtrünnigen ist oft gemeinsam, dass sie aus den Kreisen des Militärs, des Adels, des gehobenen Bürgertums kamen. So verhielt es sich auch bei Hellmuth Stieff, über den der Trierer Historiker Dr. Horst Mühleisen referieren wollte, aber wegen Krankheit nicht kommen konnte. Dr. Ernst Gierlich verlas sein Manuskript. Stieff wurde 1901 im westpreußischen Deutsch-Eylau in ein konservativ-liberales Elternhaus geboren, die Mutter stammte aus einer Juristenfamilie, der Vater schlug eine gehobene militärische Laufbahn ein, was auch mit Ehrgeiz und Erfolg der Sohn tat. Dem „nationalen Aufbruch“ Hitlers brachte Stieff zunächst Wohlgefallen, ja Bewunderung entgegen, hielt ihn für den „Begründer einer neuen, unzweifelhaft epochalen Weltanschauung“. Erste

Zweifel kamen Stieff mit der Röhme-Affäre und der Ermordung des österreichischen Bundeskanzlers Dollfuß 1934. Immer stärker wurde seine Ablehnung des Regimes, 1941/42 schlug sie in „abgrundtiefen Hass“ um. Er gehörte zum engsten Kreis der Verschwörung des 20. Juli 1944, zögerte und schwankte aber trotz leidenschaftlicher Feindschaft gegen das Regime, lehnte die Ausführung des Anschlags ab, weil er akute Gefahren erkannte. Nach dem missglückten Attentat hatte er die naive Hoffnung, seine Spuren beseitigen zu können, wurde aber wie sein Freund Graf von Stauffenberg und andere Mitverschwörer verhaftet, von Freisler zum Tode verurteilt und hingerichtet.

Über das Thema „Im Umfeld der Wolfsschanze – ost- und westpreußischer Adel im Widerstand“ sprach Dr. Wieslaw-Roman Gogan, Historiker und Archivar beim Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen. Er nannte zunächst Zahlen für die Mitverschwörer beim Staatsstreich am 20. Juli 1944. Nach einem SS-Bericht seien es über 7.000 Personen gewesen, die nach dem Attentat verhaftet wurden. Die Zahl der hingerichteten oder zum Selbstmord gezwungenen Verschwörer belief sich, je nach Quellen, zwischen 4.980 und 5.764 Personen allein im Jahr 1944.

### **Carl Friedrich Goerdeler**

Eine der wichtigsten Persönlichkeiten des zivilen Widerstandes gegen Hitler war der 1884 im westpreußischen Schneidemühl in eine Beamtenfamilie geborene Carl Friedrich Goerdeler. Barbara Kämpfert aus Minden gab einen Überblick über seinen Lebensweg und suchte seine späteren Beweggründe, einen Staatsstreich herbeizuführen, aus seiner konservativen, preußisch-bürgerlichen Herkunft verständlich zu machen.



Zuerst lehnte er die NSDAP nicht völlig ab, vollzog aber eine Wendung angesichts deren Wirtschafts-, Kirchen- und Rassenpolitik, die er deutlich zu kritisieren wagte. Mit seiner optimistischen Haltung und seinem Glauben an die Vernunft meinte er, Hitler überzeugen zu können. Zum offenen Bruch kam es, als in Leipzig das Mendelssohn-Bartholdy-Denkmal abgerissen wurde, für Goerdeler eine „Kulturschandtat“, die ihn in den Widerstand trieb. Warum Goerdeler schon vor dem 20. Juli 1944 verhaftet wurde, ist nicht klar. Von den Attentatsplänen der Kreisauer und Stauffenbergs ahnte er wohl nichts. Am 8. September 1944 wurde Goerdeler zum Tode verurteilt, aber erst nach monatelangen Verhören und Folterungen am 2. Februar 1945 hingerichtet, sein Bruder Fritz einen Monat später.

## Theologie des Widerstandes

Im Collegium Albertinum, wo man sich der Pflege des geistigen Erbes der Universität von Königsberg verpflichtet fühlt, hielt der aus Königsberg stammende und dort lehrende Prof. Dr. Wladimir Gilmanov einen Vortrag über die „Theologie des Widerstandes“, besonders am Beispiel von Peter Graf Yorck von Wartenburg, der im Kreisauer Kreis zusammen mit Moltke, Dohna, Schulenburg, Lehndorff und Schwerin den Tyrannenmord plante, obwohl ihn wegen seiner tiefen Religiosität schwere Skrupel plagten. Kenntnisreich schlug Gilmanov einen großen kulturhistorischen Bogen, um die Ursprünge der Theologie des Widerstandes in der Bibel und ihr Fortwirken in der deutschen und russischen Geistesgeschichte anklingen zu lassen. Einleuchtend stellte Gilmanov komplizierte geisteswissenschaftliche Zusammenhänge her, nannte wiederholt Kant und Hamann, aber auch Simon Dach und Karl Marx, Oswald Spengler, Stefan George und Ernst Wiechert sowie die Theologen Dietrich Bonhoeffer, Rudolf Bultmann und Martin Niemöller.

## Katholischer Widerstand

Prof. Dr. Rainer Bendel, der Leiter des Instituts für Kirchen- und Kulturgeschichte der Deutschen in Ostmittel- und Südosteuropa in Tübingen, beleuch-



Referenten und Tagungsleitung (v.l.n.r.): Thomas Konhäuser, Prof. Dr. Wladimir Gilmanov, Hans-Günther Parplies, Prof. Dr. Karol Sauerland, Barbara Kämpfert, Prof. Dr. Gilbert H. Gornig, Dr. Ernst Gierlich.

tete die „Widerständigkeit“ des Bischofs von Ermland in Ostpreußen Maximilian Kaller, der 1880 als zweites von acht Kindern in eine Kaufmannsfamilie geboren wurde.

In Predigten, Kirchenblättern und Hirtenbriefen sowie auf Diözesanwallfahrten ließ er es an Deutlichkeit nicht fehlen, warnte vor der weltanschaulichen Zersetzungstätigkeit des Neuheidentums mit dem Mythos des Blutes und der Rasse und verteidigte den Glauben als das Fundament aller Ordnung auf Erden. Es gelang ihm und seinem Klerus im Ermland, einen Großteil der praktizierenden Katholiken den herrschenden ideologischen Einflüssen zu entziehen. Zudem setzte sich Kaller für die Seelsorge in polnischer Sprache ein, was ihm eine Beschwerde des ostpreußischen Gauleiters Erich Koch in Berlin einbrachte. Das Misstrauen der Parteistellen ging bald so weit, dass der Bischof und das Bistum unter besondere Gestapokontrolle gestellt wurden, weil man im Ermland einen Herd des Umsturzes vermutete. Im Jahr 1937 wurde Kallers Hirtenwort zur Fastenzeit beschlagnahmt und die Druckerei der Ermländischen Zeitung enteignet. Es kam zu Verhaftungen und Verurteilungen von Geistlichen und Laien des Bistums. Alle katholischen Vereine wurden verboten. Seit 1939 lässt sich eine Änderung in Kallers Linie bis hin zu regiméaffinen Äußerungen erkennen. 1946 wurde Kaller von Papst Pius XII.

als Päpstlicher Beauftragter für die Seelsorge der vertriebenen Katholiken berufen, starb aber schon im Juli 1947 plötzlich an einem Herzinfarkt in Frankfurt am Main. 2003 wurde der Seligsprechungsprozess für Maximilian Kaller eröffnet.

## Kirchenkampf in Pommern

Der Berliner Kirchenhistoriker Pfarrer Mag. theol. Ulrich Hutter-Wolandt untersuchte unter dem Titel „Zwischen Deutschen Christen und Bekennender Kirche“ den Kirchenkampf in der pommerschen Evangelischen Kirche und in der Greifswalder evangelischen Theologischen Fakultät. Bereits ab 1932 bestand die „Glaubensbewegung Deutsche Christen“, eine den Nationalsozialisten sehr nahe stehende Gruppierung, die 1933 die Kirchenwahlen in der neu geschaffenen einheitlichen Reichskirche gewannen und in fast allen evangelischen Landeskirchen die Bischöfe stellten. Sie verwarfen das Alte Testament als „jüdisch“. Gegen diese Anschauungen richtete sich dann aber der Protest vieler Kirchenmitglieder. Im September 1933 rief deshalb Pfarrer Martin Niemöller (Berlin) den gegen die Deutschen Christen gerichteten Pfarrernotbund ins Leben. Das Programm der Deutschen Christen mit ihrem Antijudaismus betrachtete er als Verfälschung der christ-

lichen Lehre. Der Pfarrernotbund wurde zu einer der wichtigsten Wurzeln der Bekennenden Kirche, die sich ab 1934 formierte, sich als „rechtmäßige evangelische Kirche“ in Deutschland verstand und ihren Gehorsam gegenüber Reichsbischof Müller aufkündigte. In den Folgejahren nahm die Verfolgung der Bekennenden Kirche zu, ihre Anhänger wurden mit Gefängnis bestraft, sie wurden bespitzelt, mussten Strafgeldzahlungen leisten oder wurden ins Sammellager gebracht. Hutter-Wolandt erläuterte an ausgewählten Beispielen den Kirchenkampf in Pommern und die Situation an der Greifswalder Ev. Theologischen Fakultät, die nach 1933 wie viele theologische Fakultäten in Preußen im Sinne des Nationalsozialismus umfunktionierte wurde.

### **Gegner zweier Totalitarismen**

Bis heute hat man Mühe, jenen Personen gerecht zu werden, die sich sowohl gegen das bolschewistische als auch gegen das faschistische System engagierten. Zumeist sieht man in ihnen einfach Kollaborateure mit einem der Regime, nicht Gegner zweier Totalitarismen. Zu diesem Personenkreis gehört der deutsche Schriftsteller Edzard Schaper (1908-1984), der von beiden totalitären Systemen verfolgt wurde. Der Germanist und Philosoph Prof. Dr. Karol Sauerland aus Warschau nahm sich seines Werks und Wirkens an.

### **Widerstand war möglich**

In einer Schlussbetrachtung umkreiste Prof. Gornig noch einmal die Frage nach der Zulässigkeit des Tyrannenmords und beantwortete sie für sich selbst positiv, sofern es sich tatsächlich um einen Tyrannen handle, was aber nicht leicht zu definieren sei. Die Tagung habe durchaus einen großen Erkenntnisgewinn erbracht, lasse aber auch viele Fragen offen. Thema sei zunächst der Tyrannenmord und im zweiten Teil ein erweiterter Widerstandsbegriff gewesen, bilanzierte Hans-Günther Parplies und merkte abschließend an, dass Widerstand durchaus möglich war und durch eine zahlreiche Minderheit auch geleistet worden sei.

*Stefan P. Teppert*



## 06) 24. Landestreffen der Ostpreußen in Mecklenburg-Vorpommern. Grenzüberschreitende Zusammenarbeit für Ostpreußen

### Neubrandenburg. (dod)

Das 24. Landestreffen der Ostpreußen stand ganz im Zeichen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit für eine gemeinsame Heimat. So waren nicht nur deutsche, sondern auch viele polnische, russische und litauische Stimmen zu hören. Denn das volle Haus, der gute Geist und die fröhliche Atmosphäre sind Markenzeichen bei den Ostpreußen in Mecklenburg-Vorpommern. Am 28. September 2019 kamen wieder 1.200 Landsleute aus der näheren und weiteren Umgebung nach Neubrandenburg. 40 fleißige Helfer hatten das große Jahn-Sport-Forum mit leuchtenden Sonnenblumen, den Fahnen und Schildern aller ostpreußischen Stadt- und Landkreise prächtig ausgeschmückt. An der Hallendecke schwebten ein riesiges Ostpreußen-Transparent und das Trakehner Tor, vor der Halle wehten große Ostpreußenfahnen. Landesvorsitzender Manfred Schukat verwies in seiner Begrüßung erfreut auf die seit 24 Jahren kaum nachlassenden Besucherzahlen. Allein aus allen drei Teilen der Heimat sowie aus Hinterpommern und Stettin waren 200 Landsleute dabei, aber auch aus allen 16 Bundesländern und allen 40 ostpreußischen Heimatkreisen. Die meisten Besucher kamen jedoch aus Mecklenburg-Vor-



pommern. Als Ehrengäste erschienen der Landtagsabgeordnete Dr. Matthias Manthei, der Bundessprecher der Landsmannschaft Ostpreußen, Stephan Grigat, und der Stellvertretende Oberbürgermeister von Neubrandenburg, Peter Modemann. Die Justizministerin von MV, Katy Hoffmeister, sandte ein wohlwollendes Grußwort. Das Blasorchester Rostock umrahmte die Fest- und Feierstunde am Vormittag. Nach einem bewegenden Totengedenken stimmten die Ostpreußen ihre Heimathymne vom „Land der dunklen Wälder und kristallinen Seen“ an. Mit dem Ruf „Ostpreußen lebt!“ grüßte der Sprecher der Bundeslandsmannschaft, Stephan Grigat, seine Landsleute und forderte sie auf, der Heimat und den Zusammenkünften treu zu bleiben. Grüße aus der Heimat überbrachten Klaus Grudzinkas und Magdalena Pıklaps vom Verein der Deutschen in Memel, Heinrich Hoch vom Dachverband der deutschen Gesellschaften in Ermland und Masuren, Paul Gollan aus Neudims, der mit 87 Jahren noch seinen Hof in der Heimat bewirtschaftet, und Alexander Michel von der Diakoniestation Gumbinnen. Für die Arbeit der deutschen Kriegsgräberfürsorge warb Landesgeschäftsführer Karsten Richter. Eine Spendensammlung im Saal zugunsten des Volksbundes erbrachte über 1.000 Euro. Die gemeinsam gesungene deutsche Nationalhymne



Der Sprecher der LO Stephan Grigat, (l.) Manfred Schukat (2.v.l.) mit Ehrengästen.

beendete den Vormittag. Das ostpreußische Kulturprogramm war wieder prall gefüllt – selbst die Mittags- und Kaffeepausen wurden von Heimatsänger Bernstein zügig durchmoderiert. Alle Ensembles stellten ihr Können unter Beweis: Ob die Chöre STIMME DER HEIMAT Lötzen und WARMIA Heilsberg oder die Schülerinnen des Hermann-Sudermann-Gymnsiums Memel, der Chor HEIDE Heydekrug und die Jugendtanzgruppe SAGA Bartenstein – die musikalischen Grüße aus der Heimat verfehlten ihre Wirkung nicht. Auch der russische KANT-Chor Gumbinnen war eigens aus dem Königsberger Gebiet gekommen und brillierte durch seine phantastischen Stimmen und prächtigen Chorgewänder. Besonderen Eindruck machte der gemeinsame Auftritt der beiden Chöre aus Gumbinnen und Heydekrug, hatten doch die russischen und litauischen Sängerinnen und Sänger schon bei den vorigen Landestreffen Freundschaft

geschlossen. Das Mecklenburg-Pommeraner Folklore-Ensemble Ribnitz-Damgarten vertrat das Gastgeberland und führte wunderschöne Volktänze in Originaltrachten und mit echter Instrumentalmusik auf. Zuletzt traten das Ensemble RUSSISCHES LIED aus Königsberg und 80 Landsleute aus Hinterpommern und Stettin auf. Zum großen Finale kamen alle Mitwirkenden noch einmal auf die Bühne, stimmten gemeinsam mit den Besuchern das Ostpreußenlied an und reichten sich dabei die Hände. Der Landesvorsitzende dankte den Ostpreußen für ihre große Treue, der fleißigen Helferschar am Einlass, der Kasse und den Ständen, den Gästen aus der Heimat sowie den vielen kleinen und großen Spendern und dem Justizministerium MV für die Förderung. Manfred Schukat lud die Ostpreußen herzlich zum 25. Landestreffen MV am 26. September 2020 in die Kongresshalle Schwerin ein – „so Gott will und wir leben und gesund sind“. *Friedhelm Schülke*



Beiträge 7) bis 9) aus:



# Weichsel-Warthe

Mitteilungsblatt der Landsmannschaft Weichsel-Warthe  
Bundesverband e.V. (Posen, Mittelpolen, Galizien u. Wolhynien)

68. Jahrgang

Januar / Februar 2020

Folge 01/02

## 07) Die Landsmannschaft Weichsel-Warthe hat sich einen Namen gemacht. Dr. Martin Sprungala, Bundessprecher der Landsmannschaft Weichsel-Warthe

### Die LWW hat sich einen Namen gemacht

Dr. Martin Sprungala, Bundessprecher der Landsmannschaft Weichsel-Warthe

Im vergangenen Jahr konnte die Landsmannschaft Weichsel-Warthe (LWW) ihr 70-jähriges Bestehen feiern. Es ist unübersehbar, daß alle Organisationen von deutschen Vertriebenen des Zweiten Weltkriegs inzwischen große Probleme haben und sich viele Gruppen auflösen. Schon vor Jahren sprach der heutige Ehrensprecher Karl Bauer davon, daß die LWW auf der Fläche verschwinden wird. Viele Kreisgruppen, Heimatkreise und sogar Landesverbände haben sich seither aufgelöst, auch wenn sich die Verbliebenen noch weiterhin bei verschiedenen Gelegenheiten oder kleinen eigenen Veranstaltungen treffen. Bestes Beispiel hierfür sind die Wongrowitzer, die sich nach Auflösen der Eichenbrücker Vereinigung immer noch mindestens einmal im Jahr im Posener Altenheim treffen.

Es ist unübersehbar, die Erlebnisgeneration tritt ab und der Übergang zu einer Bekenntnisgeneration ist schwierig. Man muß neue Strukturen und Kommunikationsformen finden, ohne aber die alten, lieb gewonnenen, über den Haufen zu werfen. Aus diesem Grunde habe ich mich im April 2019 auch dazu durchgerungen, den Vorsitz des Hilfskomitees der evangelisch-lutherischen Deutschen aus Polen e.V. mit Sitz in Hannover zu übernehmen, damit sich dieses Gründungsmitglied der LWW nicht auflösen muß. Es geht letztendlich um die Betreuung der alt gewordenen Mitglieder, die aber immer noch sehnsüchtig auf ihre Heimatzeitung warten. Für viele ist es das letzte und einzige Band, das sie noch mit ihrer Vergangenheit, ihrer Zeit in der alten Heimat verbindet. Daher sieht sich der Bundesverband der LWW dazu in die Pflicht genommen, dies so lange wie möglich zu gewährleisten.

Immer wieder überraschen uns einzelne Mitglieder mit Worten, Taten, mit Spenden und der Aussage, daß sie dies tun, um

die so wertvolle Arbeit der LWW am Leben zu erhalten. Um all die Interessierten zu verbinden, hat der Bundesverband vor Jahren die Einzelmitgliedschaft geschaffen und ruft jeden dazu auf, dafür zu werben, uns auf diese Weise zu unterstützen. Erst vor wenigen Wochen schrieb mir ein neues Einzelmitglied, daß er zwar nicht aus den Heimatgebieten stamme, die die LWW vertritt, aber er empfindet die Arbeit der LWW als so wichtig und wertvoll, daß er sie durch seine Mitgliedschaft im Bundesverband unterstützen will. Die jahrelange Arbeit im Kleinen und Großen zeigt inzwischen Wirkung. Obwohl die LWW nur eine kleine Landsmannschaft ist, genießt sie einen guten Ruf. Immer wieder haben wir in den letzten Jahren von politischen und verbandspolitischen Vertretern gehört, daß wir eine sehr gute Verständigungsarbeit mit Polen und der Ukraine leisten würden. Auch unsere Bundeskulturtagungen fanden stets großes Lob, auch wenn einzelne über die vielen Vorträge klagen und gesellige Treffen vorziehen würden. Aber dazu ist die Bundeskulturtagung nicht da. Viel wichtiger ist uns dagegen die Aussage, daß diese Tagung zwar anstrengend sei, aber man so viel über die eigene Geschichte, die der Eltern, der Vorfahren erfahren würde und dann vieles verstehen könne, was einem widerfahren ist. Hierzu dient vor allem auch das Jahrbuch Weichsel-Warthe. Hier schreiben nicht nur Wissenschaftler, sondern höchst interessierte Heimatfreunde, Regionalisten, wie man sie in Polen nennt. Es gilt vor allem Zeitzeugenberichte, Erlebnisse und Erfahrungen für die Nachwelt festzuhalten, damit spätere Generationen von Historikern und Journalisten genügend Material zur Bewertung zur Verfügung haben. Das Jahrbuch erfährt Lob aus den Reihen der Mitglieder, von Vertretern von Politik und Gesellschaft, von anderen Landsmannschaften.

### Bundeskulturtagung und Bundesversammlung 2020

Zur Erinnerung: Die nächste Bundeskulturtagung ist für den 27. und 28.6.2020 im Bonifatius-Haus in Fulda geplant und die nächste Bundesversammlung am 26.6.2019. Bitte notieren Sie sich diesen Termin!

Der Bundesvorstand ist seit Jahren bei politischen Veranstaltungen vertreten und zeigt ein weiteres Mosaiksteinchen der großen Vertriebenenarbeit. Dies zeigt inzwischen überall Wirkung, höre ich von meinen Mitarbeitern, die sagen: „Man kennt uns und man schätzt unsere Arbeit.“ Ich danke an dieser Stelle allen, die sich um die LWW verdient machen. Wir freuen uns über jeden, der mit uns den gemeinsamen Weg gehen will und uns unterstützt. Gleichzeitig kann man nur allen sagen, die es alleine versuchen, daß man nur gemeinsam stark ist in einer immer schwieriger werdenden Zeit.

Nach dem Jahr des 70-jährigen Jubiläums steht 2020 das Jahr des 30-jährigen Jubiläums der Patenschaft mit dem Bundesland Hessen an. Wir danken sehr herzlich dem Team der Landesbeauftragten Margarete Ziegler-Raschdorf für ihre Unterstützung und der Landesregierung insgesamt für die nun bereits 30-jährige Unterstützung. Wir sind und bleiben sehr gerne miteinander im Gespräch, und freuen uns auf eine weiterhin gute und konstruktive Zusammenarbeit.

Auch mit anderen Institutionen und den neuen Landesbeauftragten, z. B. in Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen, dem Rußlanddeutschen Museum, den Nachbarlandsmannschaften stehen wir in gutem Kontakt und freuen uns auf die nächsten Begegnungen.

Dasselbe gilt natürlich auch für all unsere Mitglieder und Unterstützer. Meinen besonderen Dank für ihr großes Engagement entrichte ich auch in diesem Jahr an alle Mitarbeiter.

## 08) Zusammenarbeit mit dem Staatsarchiv Rivne - Wolhynien

Während der Wolhynien-Reisen des Freundeskreises Moczulki/ Matschulek stehen regelmäßig auch Besuche des Staatsarchivs Rivne auf dem Programm.

Für die Reisevorbereitungen 2018 wurden auf Anfrage hin dann seitens der Archivleitung kleine Wünsche geäußert,

die die Arbeit vor Ort erleichtern (Büromaterial etc.). Anlässlich der Übergabe schilderte der Archivdirektor, Herr Oleg Dzecko, dann die wahren Probleme: Teile des Gebäudes müssen dringend renoviert werden, und – viel wichtiger: sehr viele Bestände lagern noch in feuchten Keller-

räumen und sind durch Nässe und Schimmel von Verfall bedroht. Hierzu zählen auch Bestände aus der Zeit der wolhyniendeutschen Siedler bis 1940; schnelle Unterstützung war also geboten.

Nach seiner Rückkehr schilderte Walter Manz dieses Problem dann in der Martin-

Opitz-Bibliothek (MOB) in Herne, und der Leiter, Herr Dr. Tebarth, erkannte sehr schnell den Ernst der Lage.

Im Februar d. J. reisten beide dann für eine Woche nach Rivne, um vor Ort zu klären, was die MOB dort ggf. zu leisten vermag. Beim Empfang am ersten Tag im Rathaus beim Oberbürgermeister von Rivne, Herrn Volodymyr Chomko, zeigte sich dieser erfreut über die Pläne der Kooperation zwischen dem Staatsarchiv Rivne und der MOB, bekräftigte sein Interesse auch an weiteren Kontakten und würde diese gerne mit einem Besuch in Deutschland begleiten.

Bei den Arbeitsgesprächen im Archiv erläuterte der Direktor dann ausführlich die o.g. Probleme, stellte Mitarbeiter und Arbeitsweise vor, große Bestände von Akten und Findmitteln waren im Lesesaal vorbereitet worden, in dem sich Besucher und lokale Historiker auch für die Gäste aus Deutschland, den Anlass und deren Wünsche interessierten. Am Rande der Gespräche im Archiv wurde deutlich, dass es vor allem auch noch an technischer Ausstattung fehlt. Herr Dr. Tebarth sagte zu, bei einem Gegenbesuch evtl. technische Gerätschaften aus den Beständen der MOB kostenlos übergeben zu können. Eine Besichtigung der gefährdeten Bestände in den Kellerräumen des Archivs war zu dieser Zeit leider nicht möglich, da die Örtlichkeiten derzeit wegen Schimmelbefall bekämpft werden, um so Gesundheitsgefahren vorzubeugen.

Zum Arbeitsprogramm der beiden Herren gehörte auch ein Besuch der Synagoge, die jüdische Bevölkerung Rivne wurde Opfer des Holocaust, und ihre Synagoge wurde zerstört. Das kleine Gemeindezentrum befindet sich heute in einer Seitenstrasse direkt im Stadtzentrum. Dort

versucht man mit Hilfe der umliegenden Archive, das große israelische Projekt mit den Namen aller Opfer des Holocaust zusammenzutragen, hierzu konnte Herr Dr. Tebarth zu den großen Holocaust-Sammlungen im Rahmen seiner Tätigkeit erläuternde Hinweise geben, und Walter Manz versprach, an Hand von Unterlagen und Zeitzeugenerinnerungen noch Namen der jüdischen Bevölkerung aus Moczulki/ Matschulek und seinen Nachbarorten zusammenzutragen.

Ein weiterer Besuch stand dann in der Zentralbibliothek des Gebietes Rivne an.

In ihrem Eingangsgespräch verwies die Direktorin zunächst auf die bedeutende Rolle von Nikolaus Arndt, der sich gemeinsam mit dem Historischen Verein Wolhynien e. V. in Rivne verdient gemacht hat, und dass ihm deshalb in der Stadt mit einer Gedenktafel sowie einem Strassenamen gedacht wird.

Nach einem Vortrag über die Arbeitsweise und die Bestände der Bibliothek, die sich auch stark mit ihrem sozialen Bibliotheksdienst engagiert, erhielten die Besucher auch einen Überblick über die deutschsprachigen Bestände. Sie gehen auf Geschenke in den vergangenen Jahren zurück und werden gerne und viel genutzt. Eine leise geäußerte Bitte über weitere Buchspenden aus Deutschland wurde gerne aufgegriffen.

Am Rande des Aufenthaltes wurde auch Moczulki/Matschulek besucht, der Gedenkstein auf dem Friedhof besichtigt und der Schule ein Besuch abgestattet. Hier erfuhr man, dass gerade ein Schülerprojekt zur Geschichte der deutschen Kolonisten vorbereitet wird, in dem an die deutschen Nachbarn mit Fotos, Dokumenten und anderen Erinnerungstücken unter Mitwirkung von Zeitzeugen/-innen

erinnert werden soll. Unterlagen hiervon sollen auch der MOB übergeben werden.

Im benachbarten Kadyschtsche besichtigte man eines der letzten im Originalzustand erhaltenen Kolonistenhäuser, dass vor dem Abriss gerettet und in Moczulki/Matschulek zu einem Museum mit Begegnungsstätte hergerichtet werden soll.



Die Eigentümer versicherten, dass noch die Original-Grundbuchauszüge sowie weitere Dokumente der ehemals deutschen Eigentümer vorhanden sind, die ebenfalls der MOB übergeben werden sollen. Diese Exkursion wurde fachkundig von Tanja Arendarchuk vom Deutschen Haus Rivne begleitet, die die Besucher anschliessend noch zu einem Abendessen ins Haus ihrer Eltern eingeladen hat.

Viel zu schnell vergingen fünf arbeitsreiche Tage mit neuen Eindrücken, Kontakten und Aufgaben. Beim Abschied sprach Dr. Tebarth auch im Namen des Freundeskreises Moczulki/Matschulek der Archivleitung eine Einladung in die MOB nach Herne aus.

Diese Reise wurde unterstützt vom BKM / Kulturreferat für Westpreußen, Posener Land und Mittelpolen.

Walter Manz

## 09) Ukrainisches Staatsarchiv Rivne zum Gegenbesuch in der Martin-Opitz-Bibliothek in Herne

Wie bereits berichtet, hatte die Martin-Opitz-Bibliothek (MOB) Herne im Frühjahr 2019 offiziell die Leitung des Staatsarchivs Rivne zu einem Gegenbesuch nach Herne eingeladen.

Dieser Einladung kam man im Sommer d. J. gerne nach, vom 24.-26. Juni besuchten MitarbeiterInnen des Staatsarchivs die MOB. Diese hatte für die Gäste auch ein kleines Rahmenprogramm vorbereitet.

Der Delegation wurden Archivbestände, Arbeitsweise und Aufgaben der MOB vorgestellt, im Zentrum ihres Besuches stand eine Powerpoint-Präsentation zu den dortigen Archivbeständen mit deutschem Bezug.

Die Mitarbeiterin Frau Ljudmila Leonova gab einleitend einen kurzen Überblick über den Beginn der Ansiedlung deutscher Kolonisten im Gebiet Rivne am Ende des 18. Jahrhunderts, über ihre stetig wachsende Bevölkerungsentwicklung, die 1860 bei ca. 20.000 Personen lag und laut Aufzeichnungen des Archivs um 1890 auf etwa 160.000 angestiegen war.

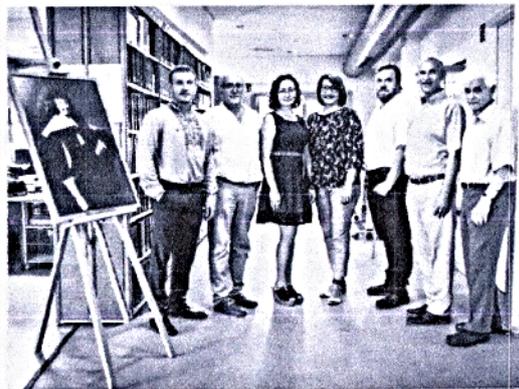
Das älteste Dokument bezüglich der Geschichte der Deutschen, das im Archiv gefunden wurde, ist die Kopie des am 19. April 1811 abgeschlossenen Vertrags zwischen den deutschen Kolonisten des Dorfes Sofijivka und dem Gutsbesitzer Watzlaw Borejk.

Es folgten zahlreiche weitere Beispiele und Übersichten zu vorhandenen Aktenbeständen. Am Ende ihres Vortrages verwies Frau Leonova auf die lange Zeit des friedlichen Zusammenlebens von Deutschen und Ukrainern und sprach vor den Teilnehmern im Namen der Archivleitung ihre Einladung an die Nachkommen der Wolhyniendeutschen sowie alle InteressentenInnen aus. Dort ist man auch gerne bereit, für die fast jährlich kommenden Reisegruppen im Archiv zu recherchieren. Das nicht veröffentlichte Vortragsmanuskript von Frau Leonova wurde von unserer bewährten Dolmetscherin Olga (Sonne) Protalynska ins Deutsche übersetzt und ist in der MOB vorhanden.

Zum Ende des Vortrags richtete der Direktor des Staatsarchivs Rivne, Herr Oleg

Dzecko, Grußworte an alle Beteiligten und bedankte sich mit zahlreichen wolhynischen Gastgeschenken noch einmal für die Einladung nach Herne.

Zu dieser Veranstaltung war auch der Bundessprecher, Dr. Martin Sprungala eingeladen, der der Delegation mit einem aktuellen Jahrbuch die Arbeit der LWW vorstellte.



Am Abreisetag übergab Herr Dr. Tebarth aus den Beständen der MOB noch einige ältere PC's, Drucker sowie weitere Technik.

Dank seiner Kontakte hatte Herr Dr. Tebarth zum Abschied dann als „Bonbon“ noch eine Riesen-Überraschung mitzuteilen: ein Archiv aus Niedersachsen hat einen intakten A1-Aufsichtsscanner ausrangiert, den das Staatsarchiv Rivne kostenlos erhält.

Dieser Scanner wurde inzwischen von Mitarbeitern aus Rivne abgeholt und ist seit Ende Oktober dort nun im Einsatz.

Zum Abschied vereinbarten Herr Dr. Tebarth und Herr Oleg Dzecko weitere Begegnungen, das nächste Arbeitstreffen ist für April 2020 in Rivne geplant.

An dieser Stelle ein herzlicher Dank an alle, die diesen Aufenthalt organisierten und die sich finanziell an diesem offiziellen Besuch aus Rivne beteiligt haben: an den Verein der Freunde der MOB, an die Landsmannschaft Weichsel-Warthe e.V. und an die Mitreisenden des Freundeskreises Moczulki/Matschulek während der Wolhynienreise 2019.

Walter Manz

## **10) Düsseldorf: Berühmte deutsche Brüner Persönlichkeiten**

Hoher Besuch war zugegen, als im Gerhart Hauptmann-Haus zu Düsseldorf die Ausstellung der deutschen Brüner Persönlichkeiten aus sechs Jahrhunderten eröffnet wurde. **Heiko Hendriks**, der Beauftragte der nordrhein-westfälischen Regierung für die Belange der deutschen Heimatvertriebenen und Aussiedler, richtete in seiner Rede die Grüße der NRW-Landesregierung aus. Er wünschte der Ausstellung ein reges Interesse. Hendriks rief dazu auf, noch viel stärker als bisher an die Öffentlichkeit zu gehen, um Geschichte und Kultur der Vertreibungsgebiete weiten Bevölkerungskreisen nahezubringen. Dabei kritisierte er, dass sich Schulen und Universitäten kaum mit diesen Themengebieten beschäftigen. Hendriks begrüßte sehr, dass die BRUNA mit solchen Ausstellungen in die Offensive gehe und meinte, andere Heimatkreise, aber auch die Vertriebenenverbände sollten sich diese Vorgehensweise zum Vorbild nehmen.

Gekommen waren Mitglieder der BRUNA, der Sudetendeutschen Landsmannschaft Bonn, Düsseldorf, Krefeld, der SL-Landesvorsitzende in NRW sowie Politiker, interessierte Gäste des GHH, Mitglieder der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung der CDU – NRW usw. Diese schauten sich schon im Vorfeld der Eröffnung die im Foyer des Eichendorff-Saales des Gerhart-Hauptmann – Hauses (GHH) aufgehängten Ausstellungstafeln an. Das GHH widmet sich im Rahmen seiner Auseinandersetzung mit der deutschen Zeitgeschichte der Pflege des Kulturerbes der Deutschen aus den früheren Siedlungsgebieten in Mittel- und Osteuropa

Die Teilnehmer der Auftaktveranstaltung wurden vom Leiter des GHH, **Prof. Winfried Halder**, begrüßt. Er würdigte die Arbeit der Kulturstiftung der deutschen Heimatvertriebenen und stellte sie in eine Reihe mit weiteren Ausstellungen, die man in Düsseldorf zeigen will.

Aspekte der Nachkriegsentwicklung griff der weitere Redner der Auftaktveranstaltung, **Rüdiger Goldman**, auf. U. a. beschäftigte er sich mit den Leserbriefspalten der katholischen Presse der Tschechoslowakei 1945 – 48. Goldman, der stellvertretender Bundesvorsitzender der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung der CDU Deutschland ist, gab weiter der Hoffnung Ausdruck, dass auch künftighin solche Veranstaltungen im Gerhart-Hauptmann-Haus stattfinden. Bei der Pflege und Vermittlung des Kulturerbes der deutschen Heimatvertriebenen hätten auch Weiterbildungsinstitute, wie das GHH, als auch die Politik in Bund und Land die Aufgabe, über Kultur und Geschichte der Deutschen in Mittel- und Osteuropa zu informieren. Hier gäbe es noch viel zu tun.

*Dr. Rudolf Landrock*

Wien, am 16. Dezember 2019

*Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 170, 2019*

### Kontakt:

#### **Stiftung Gerhart-Hauptmann-Haus**

Deutsch-osteuropäisches Forum Düsseldorf

Bismarckstraße 90

40210 Düsseldorf

Tel.: 0211 / 16 99 111

Fax: 0211 / 353 118

Mail: [info\(aet\)g-h-h.de](mailto:info(aet)g-h-h.de)

vertreten durch den Geschäftsführer Prof. Dr. Winfrid Halder.



**(Stiftung Gerhart-Hauptmann-Haus)**

**Servicezeiten der Verwaltung**

Mo-Do	8.00 – 12.30 und 13.00 – 17.00 Uhr
Fr	8.00 – 13.00 Uhr

**Öffnungszeiten der Ausstellungen**

Mo und Mi	10.00 – 17.00 Uhr
Di und Do	10.00 – 19.00 Uhr
Fr	10.00 – 14.00 Uhr
Sa auf Anfrage	
Sonn- und feiertags geschlossen	

**Servicezeiten der Bibliothek**

Mo-Mi	10.00 – 12.30 und 13.30 – 17.00 Uhr
Do	10.00 – 12.30 und 13.30 – 18.30 Uhr

**11) Bericht von der Verleihung der kulturellen Förderpreise in München.  
Samantha Wehr (Wien) erhielt den Wissenschafts-Preis**

SLÖ-Bundesobmann **Gerhard Zeihsel** ließ es sich nicht nehmen, persönlich bei der Verleihung der kulturellen Förderpreise der Sudetendeutschen, die im neu gestalteten, modernisierten Stifter-Saal des Sudetendeutschen Hauses in München über die Bühne ging, anwesend zu sein.

Dabei erlebte er eine sehr stimmungsvolle Feier, bei der gleich die Preisträger **Michael Essl** (Förderpreis Musik) und das Geschwisterpaar **Elisabeth** und **Stefanie Januschko** (Darstellende und Ausübende Kunst) selbst Darbietungen erbrachten – einen ausführlichen Bildbericht von der Feier (Dank an **Lm. Lippert!**)

Den kurzen, aber sehr interessanten Vortrag von Wissenschafts-Preisträgerin **Samantha Wehr**, Enkeltochter „unserer“ südmährischen Schriftstellerin **Ilse Tielsch** (Auspitz), [haben wir für Sie hier unten nächste Seiten:](#)

Wien, am 13. Jänner 2020

*Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 4, 2020*



Mag. Samantha Wehr

Vortrag Förderpreisverleihung München 11.01.2020

Meine Damen und Herren,

ich möchte mich herzlichst bei Prof. Broßmann für die lobenden Worte und bei der Landsmannschaft für die Ehre bedanken, mit diesem Förderpreis ausgezeichnet zu werden. An dieser Stelle möchte ich auch meinem Diplomarbeitsbetreuer, Prof. Dr. Peter Becker, meinen aufrichtigen Dank für seine begleitende Unterstützung aussprechen, sowie mich bei all meinen Interviewpartnerinnen und Interviewpartnern, die mir einen Einblick in den Erinnerungsalltag ihrer Familien ermöglicht haben, bedanken. Dank gilt auch meiner Familie und meinem Lebensgefährten für ihre Ermutigung und ihren Glauben an mich.

Vor allem die beeindruckende Lebensgeschichte meine Großmutter, die 1945 aus Südmähren nach Österreich floh, ist einer der Beweggründe für meine Beschäftigung mit der Thematik der sudetendeutschen Vertreibung. Meiner Großmutter ist auch meine Arbeit gewidmet. Ich sehe meine Arbeit als einen kleinen Beitrag zum besseren Verständnis der Vergangenheit in einem ‚Zeitalter des Gedenkens‘, in dem wir uns laut Pierre Nora befinden. Ich möchte den Literaturnobelpreisträger Elias Canetti zitieren, der in seinen Aufzeichnungen vielsagend schrieb: „Wozu erinnerst du dich? Leb jetzt! Leb jetzt! Aber ich erinnere mich doch nur, um jetzt zu leben.“ In diesem Sinne von der Bedeutung des Wissens über die eigenen Wurzeln überzeugt, machte ich mich auf die Suche nach den Spuren, die die Erinnerung an Flucht und Vertreibung in ihrem Weg durch die Generationen hinterlassen hat.

Als Kind habe ich das Schicksal meiner Vorfahren beinahe als Belastung empfunden, als müsste ich es als ‚Erbe‘ auf meinen eigenen Schultern tragen. Hinzu kam das Gefühl ein schlechtes Gewissen dafür haben müssen, in der bisher längsten Friedensperiode Mitteleuropas geboren zu sein. Schon während meiner Schulzeit hatte ich mich gefragt, ob die Lücke, die ich im kollektiven Gedächtnis meines Umfeldes immer deutlicher wahrnahm, eines Tages in meiner Ausbildung angesprochen oder geschlossen werden würde. In Schule und Studium in Österreich war die sudetendeutsche und auch generell die deutsche Flucht und Vertreibung jedoch kein Thema.

In Österreich bewegten sich die deutschen Heimatvertriebenen lange Zeit im Spannungsfeld zwischen von Vertriebenenvereinen vermittelten Vergangenheitsbildern und der Vernachlässigung des Themas in Politik und Öffentlichkeit. Allgemein fanden Flucht und Vertreibung in Österreich, im Unterschied zu Deutschland, nie einen dermaßen prominenten Platz in der öffentlichen Erinnerungskultur. Zu dieser, besonders in Österreich präsenten Vernachlässigung im öffentlichen und wissenschaftlichen Diskurs, lassen sich Parallelen im Privaten finden.

Erst letztes Jahr sagte meine Großmutter in einem unserer Gespräche über das Erinnern und Erzählen über unsere Familiengeschichte: „Ich wollte meinen Kindern nichts aufbürden, womit sie nichts zu tun haben. Sie wissen, was war, aber mehr darüber sprechen wollte ich nicht.“ Ich nehme an, dass ein ähnlicher Gedankengang und der Wunsch nach einem Ankommen und Angenommen werden bei vielen Vertriebenen zu einer Art Unterdrückung von oftmals traumatischen Erfahrungen geführt hat. Die wenigsten widmeten ihr Leben der schriftlichen Aufarbeitung der Erlebnisse ihrer Generation. Für manch andere ist die Vertreibung aber sehr wohl bis heute Teil des Familienalltags. Mein Interesse galt daher der Frage, wie in anderen Familien mit der Erinnerung an Flucht und Vertreibung umgegangen wird und welche Auswirkungen diese auf die Heimat- und Identitätsgefühle der zweiten Generation haben kann.



Die Ergebnisse meiner Studie zeigen bereits für das entsprechend begrenzte Sample von österreichischen Familien erhebliche Unterschiede bezogen auf wie in den betroffenen Familien erinnert wird und welchen Bezug zur Familienvergangenheit die Befragten heute haben. Die Schlüsselrolle für den Fortbestand des sogenannten Familiengedächtnisses liegt wenig überraschend im mündlichen Erzählen, also der Konfrontation der Kinder und Jugendlichen mit diesem Teil der Familiengeschichte. Aber auch andere Erinnerungspraktiken, wie Reisen in die ehemaligen Heimatorte der Vorfahren, und Objekte der Erinnerung (der Klassiker ist das Foto), dienen in den befragten Familien zur eben mehr oder weniger regelmäßigen Vergegenwärtigung.

Es wird darüber hinaus deutlich, dass auch das wiederholte Erzählen nicht bedeuten muss, dass sich die nächste Generation in die Erinnerungsgemeinschaft einfügt. Dass es sich beim Konzept des Familiengedächtnisses nicht um ein abgeschlossenes System von einheitlicher Erinnerungsweitergabe handelt, zeigen zum Beispiel Anzeichen von Veränderung der Erzählungen und Mut zu deren Hinterfragung durch die Nachkommen. Wichtig ist aber auch die Erkenntnis, dass es sich beim Familiengedächtnis immer quasi nur um ein Gerüst handelt innerhalb dessen die Illusion einer einheitlichen Erinnerung aufrechterhalten wird, in dem also „alle Beteiligten [sich] an dasselbe auf dieselbe Weise zu erinnern glauben.“

Harald Welzer, Das Kommunikative Gedächtnis: Eine Theorie der Erinnerung (München 2002), 151.

Interessant ist nicht nur das WIE, sondern sowohl das WAS der Erinnerung. Was wurde oder wird immer noch in den Familien erinnert, die ich untersucht habe? Im Mittelpunkt standen meist nicht die traumatischen Erfahrungen von Flucht, Vertreibung und Verlust, sondern die Erinnerung an ein Leben davor, an die Normalität eines Nebeneinanders von unterschiedlichen Sprachgruppen, an glückliche Kindheiten und bescheidenen Wohlstand. Was meine Gesprächspartner eint ist die Bindung an ihre ‚Heimat‘ Österreich und eine gewisse Ablehnung einer sogenannten sudetendeutschen ‚Identität‘. Ein regionales Zugehörigkeitsgefühl zu den Orten, an denen die Eltern und Großeltern vor der Flucht oder Vertreibung gelebt hatten, war ebenso nicht zu erkennen. Diese Beobachtung stimmt mit denen anderer überein, die seit Jahren eine abflauende Bindung der sudetendeutschen Nachfolgegenerationen an die Heimat der Eltern, ihre Kultur und Identitätsvorstellungen prognostizieren.

Auf der anderen Seite: je mehr in den Familien über Flucht und Vertreibung, inklusive eventuell prävalenter Feindbilder, erzählt wurde, desto eher hat das Familiennarrativ die nationale Loyalität meiner Gesprächspersonen auch beeinflusst und wurden Stereotype in Bezug auf die heutige tschechische Bevölkerung übernommen. So besteht auch für viele Angehörige der zweiten Generation heute noch eine Grenze in den Köpfen. Auf der anderen Seite gibt es zahlreiche Kinder und Enkel/innen, die sich aktiv für die Erfahrungen der Erlebnisgenerationen interessieren und sich auch in Projekten zur deutsch-tschechischen Verständigung und der Aufarbeitung der Vertreibung engagieren. Aufgrund ihres persönlichen Abstands zur Vergangenheit fällt es diesen Menschen leichter, sich sachlich und multiperspektivisch mit der Vergangenheit auseinanderzusetzen.

Was wünscht sich die zweite Generation in Österreich in diesem Sinne von der Zukunft? Meine Erlebnisse und Einblicke in den Erinnerungsalltag sudetendeutscher Familien in



Österreich zeigen vor allem eines: Auch wenn die folgenschweren Ereignisse der Nachkriegszeit nicht ungeschehen gemacht werden können, was von den teilweise noch stark präsenten Ressentiments und den allgemeinen Präsenz der Vertreibungsvergangenheit in den meisten einbezogenen Familien hervorgehoben wird, so gibt es doch Hoffnung für eine Zukunft der Versöhnung. Für die Nachkommen von geflüchteten oder vertriebenen Sudetendeutschen ist es heute vor allem wichtig, Möglichkeiten der offiziellen Erinnerung zu schaffen und eine sachliche Aufarbeitung der deutsch-tschechischen Geschichte zu fördern.

Inwiefern in der Fortsetzung die Enkelgeneration das Erfahrungserbe ihrer Vorfahren weitertragen wird, bleibt abzuwarten. Jedoch ist die dritte Generation, die sich der Thematik deutlich neutraler widmen kann, für eine distanziertere Beurteilung unterschiedlicher Vergangenheitsdarstellungen offen und kann so zu einer allmählichen Umformung des kollektiven Gedächtnisses beitragen, sei es innerhalb ihrer Familien oder im öffentlichen Diskurs. So kann, denke ich, das gegenseitige Verständnis ausgebaut werden und vielleicht, in einer optimistischen Zukunftsvision, Versöhnung möglich werden.

Herzlichen Dank.

## **12) Čvančara: Diebe verfehlten Heydrich-Grab**

Die Diebe hätten das Grab des stellvertretenden Reichsprotectors **Reinhard Heydrich** um 50 Meter verfehlt. Dies sagte der tschechische Historiker **Jaroslav Čvančara** nach einer Besichtigung des Berliner Invalidenfriedhofs gegenüber dem Tschechischen Fernsehen. Čvančara stützt sich zusätzlich auf Aussagen des Sohnes von Heydrich und Augenzeugen des Begräbnisses, die Friedhofsleitung hält sich über den Ort des Grabes bedeckt.

Vor Weihnachten berichteten deutsche Medien, daß die letzte Ruhestätte des SS-Offiziers und „Henkers von Prag“ ausgeraubt worden sei. Heydrich war 1942 bei einem Attentat des tschechoslowakischen Widerstands getötet worden. Laut dem Historiker Čvančara hätte aber auch nicht das Grab Heydrichs Ziel des Raubes sein müssen, sondern das nahegelegene Grab **Heinrich Himmlers**.

*Wien, am 14. Jänner 2020*

*Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 5, 2020*

